

"Nicht nur Beifall für den Werner-Plan" in Süddeutsche Zeitung (24. November 1970)

Quelle: Süddeutsche Zeitung. Münchner Neueste Nachrichten aus Politik, Kultur, Wirtschaft und Sport. Hrsg. DÜRRMEIER, Hans ; Herausgeber HEIGERT, H. 24.11.1970, n° 28. München: Süddeutscher Verlag GmbH. "Nicht nur Beifall für den Werner-Plan", p. 29.

Urheberrecht: (c) Süddeutsche Zeitung

URL: http://www.cvce.eu/obj/nicht_nur_beifall_fur_den_werner_plan_in_suddeutsche_zeitung_24_november_1970-de-19ee23ee-3f28-47ba-b239-af4c047d0422.html

Publication date: 20/12/2013

Nicht nur Beifall für den Werner-Plan

Geteilte Meinungen über das gemeinsame Vorgehen im Europäischen Ministerrat

str. Brüssel (Eigener Bericht) – Die erste Diskussion über den Stufenplan zur Errichtung der Wirtschafts- und Währungsunion im Europäischen Ministerrat am Montag in Brüssel ist nach dem Urteil des Bundeswirtschaftsministers Schiller als Ratspräsident „konstruktiv und positiv“ verlaufen. Sie hat allerdings offenbart, daß die Meinungen der Mitgliedstaaten vor allem hinsichtlich der Parallelität zwischen der wirtschaftspolitischen Koordinierung und der währungspolitischen Integrierung sowie über die nach zehn Jahren zu erreichende Endstufe noch nicht einheitlich sind.

Der Ausschuß der Ständigen Vertreter hat den Auftrag bekommen, zusammen mit hohen Beamten der Mitgliedstaaten und der Kommission alternative Entscheidungsentwürfe auszuarbeiten, über die der Ministerrat am 14.12. beschließen will. Es würde sich dabei um eine freie Willenserklärung der Mitgliedstaaten über die anzustrebenden Ziele sowie um einige Entscheidungen über unmittelbar zu treffende konkrete Maßnahmen handeln, weil die erste Stufe bereits am 1.1.1971 beginnen soll.

Schillers neun Punkte

Schiller faßte die erste Diskussionsrunde, der der sogenannte Werner-Bericht und die dazu von der Kommission unterbreiteten Vorschläge zugrunde lagen, in neun Punkten zusammen:

1. Die Stellungnahmen aller Mitgliedstaaten, die durch die Außen- und Wirtschaftsminister vertreten waren, sind positiv und konstruktiv gewesen.
2. Einige Mitgliedstaaten haben die von Kommissionspräsident Malfatti über die zu ergreifenden politischen Optionen, die nötig werdenden Vertragsänderungen und die Übertragung bisher nationaler Befugnisse auf die EWG [Vorschläge] günstiger aufgenommen als die diesbezüglichen Kommissionspapiere, die vor allem von der Bundesrepublik und von Holland als zu zurückhaltend empfunden werden.
3. Am Ende der ersten dreijährigen Stufe sollten bei einer Regierungskonferenz, an der dann wahrscheinlich auch die Beitrittskandidaten zu beteiligen wären, die erzielten Fortschritte auf dem Weg zu wirtschaftspolitischer Konvergenz geprüft und sollte im Zusammenhang mit den nötig werdenden Änderungen des EWG-Vertrags ein Zeitplan beschlossen werden.
4. Die meisten, doch nicht alle Mitglieder wollen zwischen den Fortschritten in der gemeinsamen Wirtschaftspolitik und der gemeinsamen Währungspolitik eine effektive Parallelität gesichert sehen. Auch der Prozeß der Einengung der nationalen wirtschafts- und währungspolitischen Befugnisse auf der einen Seite und der Schaffung gemeinschaftlicher Befugnisse auf der anderen Seite muß parallel geschaltet werden, damit keine Lücken entstehen.
5. Über den entsprechenden Ausbau der Befugnisse des europäischen Parlaments sind die Meinungen auch noch nicht übereinstimmend.
6. Wirtschaftliche Stabilität und Wachstum müssen gleichzeitig und gleichrangig verfolgt werden.
7. Der Eintritt in die erste Stufe soll so schnell wie möglich erfolgen. Aber während die meisten Mitglieder dabei auch schon Klarheit über die politische Konzipierung der Endstufe haben wollen, möchte Frankreich anscheinend ohne besondere Bindungen über die Endstufe beginnen.
8. Die eigene Verantwortlichkeit des Ausschusses der Notenbankgouverneure muß vor allem nach deutscher Auffassung gewährleistet werden.
9. Eine gemeinsame Regionalpolitik schon in der ersten Stufe wird von der Kommission mit Unterstützung durch Italien gewünscht, während andere es nicht so eilig haben.

Die Minister aller Mitgliedstaaten mit Ausnahme Frankreichs betonten mit besonderem Nachdruck, daß schon bei Eintritt in die erste Phase klar sein müsse, daß eine Endstufe mit bestimmter politischer Orientierung angestrebt wird, deren Umriss wenn auch noch ohne institutionelle Details erkennbar sein müßten. Als deutscher Sprecher erklärte Staatssekretär Schöllhorn vom Bundeswirtschaftsministerium, der die stärkste Unterstützung durch den holländischen Wirtschaftsminister Witteveen fand, daß die Bereitschaft aller Partner bestehen muß, die Wirtschafts- und Währungsunion mit ihren institutionellen und politischen Grenzen zu vollenden. Nur dann sei es vertretbar, währungspolitische Bindungen wie die Verringerung der Bandbreite der Wechselkurse, die Schaffung eines Fonds oder die Verringerung der Möglichkeit zu autonomer Kursänderung einzugehen.

Der französische Außenminister Schuman erklärte, niemand könne an dem politischen Willen Frankreichs zweifeln, die Wirtschafts- und Währungsunion zu vollenden. Niemand habe auch die Absicht, hiermit in Europa ein Instrument für einen internationalen Währungskrieg zu schaffen. Die Bemühungen um die Koordinierung der Wirtschafts- und Währungspolitik sollten aber jetzt nicht durch einen Streit um Institutionen überlagert werden, erst recht nicht, solange noch die Verhandlungen mit den Kandidatenländern laufen. Wichtig sei, daß mit Beginn 1971 die erste Stufe mit einer allgemeinen Beschreibung des Endziels anlaufe, wobei Gleichgewicht, Fortschrittlichkeit und Effizienz die Leitlinien sein sollten.